

## GLEICHER LOHN FÜR GLEICHE ARBEIT

Im Kampf gegen Lohndumping macht sich die SPD auch für gleichen Lohn für die gleiche Arbeit am gleichen Ort für Männer und Frauen stark. Die SPD will zudem die öffentliche Daseinsvorsorge fördern. Kein Mensch wird dem freien Spiel der Kräfte überlassen: Bildung, Gesundheit und Pflege, der ÖPNV – das überlassen wir nicht allein dem Markt.

## FÜR FAIREN WETTBEWERB: KONZERNE BESTEUERN

Zu einem sozialen Europa gehört für uns, dass alle ihren Beitrag zum Gemeinwesen leisteten, nicht nur Beschäftigte und kleine Betriebe. Wir wollen, dass auch große Unternehmen einen fairen Beitrag leisten. Deshalb fordert die

die SPD Mindeststeuersätze für Unternehmen einzuführen und Internetgiganten wie Amazon und Co. mit einer Digitalsteuer belegen.

## STARK FÜR DEN FRIEDEN – FÜR UNSERE KINDER UND ENKEL

Besonders wichtig ist uns aber, den Frieden in Europa auch langfristig zu erhalten. Das ist keine Selbstverständlichkeit, sondern eine Errungenschaft, die man schützen muss. Deshalb setzt die SPD auf Zusammenhalt mit unseren Nachbarn und Freunden: „Wir müssen die Demokratie und Rechtsstaatlichkeit in Europa um jeden Preis schützen“.

# DIGITALPAKT SCHULE INVESTITIONEN IN MODERNE SCHULEN

Bildung ist die wichtigste Grundlage, die wir jungen Menschen für ihre Zukunft mitgeben können. Der digitale Wandel erfordert neue Kompetenzen und auch neue Ausstattungen unsere Schulen. Als SPD-Bundestagsfraktion wollen wir allen Kindern und Jugendlichen gleiche Chancen auf beste Bildung ermöglichen – und einen guten Start ermöglichen. Als digitalpolitischer Sprecher ist es mir wichtig, dass wir den technischen und gesellschaftlichen Wandel gestalten und unser Land die neuen Aufgaben meistern kann.

Für die nötigen Investitionen in moderne Schulen stellen wir jetzt mit

dem Digitalpakt seitens des Bundes 5 Milliarden Euro bereit. Bund und Länder können künftig wieder enger zusammenarbeiten, um Bildung besser zu machen. Dafür haben wir im Bundestag die Grundgesetzänderung auf den Weg gebracht und haben das so genannte Kooperationsverbot abgeschlossen. Auch der Bundesrat hat inzwischen zugestimmt. Mit der Änderung des Grundgesetzes kann der Digitalpakt endlich starten und es der Bund kann in den nächsten Jahren in die digitale Ausstattung von Schulen investieren – in WLAN, Schulserver, Tablets und Schulungen des Personals. Schülerinnen und Schüler sollen

mit der neuesten Technik lernen und optimal auf das Leben und Arbeiten in der digitalen Welt vorbereitet werden. Unser Bundesland in Hessen wird dabei mit 370 Millionen Euro profitieren. Es freut mich, dass die politische Einigung endlich gelungen ist und ein Neustart für bessere Bildung gelungen ist.

**BUND STELLT  
5 MILLIARDEN EURO BEREIT  
HESSEN PROFITIERT MIT  
370 MILLIONEN EURO**



## BÜRGERBÜRO GROß-UMSTADT

Markt 3  
64823 Groß-Umstadt  
(06078) 9173142



jens.zimmermann@bundestag.de  
jenszimmermannhessen  
jenszimmermann1  
jens-zimmermann

Meine aktuellen Termine finden Sie auf  
[www.jens-zimmermann.org](http://www.jens-zimmermann.org)

**NEUE ADRESSE!**

**AKTUELLE BROSCHÜREN AUF  
SPDFRAKTION.DE BESTELLEN.**



## LIEBE LESERINNEN UND LESER,

am Marktplatz in Groß-Umstadt finden Sie zukünftig mein neues Bürgerbüro. Es ist größer und liegt noch zentraler. Ich freue mich, dass ich bereits über fünf Jahre als Bundestagsabgeordneter für Sie und Euch da sein kann und das neue Büro in Groß-Umstadt eröffnen kann. Die direkte Erreichbarkeit war mir gleich zu Beginn meiner Tätigkeit als Ihr Abgeordneter wichtig. Mit dem Umzug in die neuen Räume gibt es ab sofort noch mehr Platz für politische Veranstaltungen und unsere Gespräche.

In diesem Monat jährt sich der Abschluss des Koalitionsvertrages. Auch in bewegten Zeiten und in neuen politischen Verhältnissen trägt die SPD Verantwortung in der Regierung. Der Koalitionsvertrag ist die politische Ver-

einbarung unser Zusammenleben zu gestalten, damit wir weiterhin in einem solidarischen Land leben können. Die SPD-Regierungsmitglieder und meine Kolleginnen und Kollegen in der SPD-Bundestagsfraktion arbeiten in Berlin an den konkreten Verbesserungen: Für einen neuen Sozialstaat auf der Höhe der Zeit, für die Gestaltung des digitalen Wandels und für gute Lebensbedingungen. Im ersten Jahr konnten wir viele Projekte auf den Weg bringen. Unsere Ideen für den Sozialstaat können Sie in diesem Newsletter nachlesen.

In wenigen Wochen sind wir aufgerufen, das Europäische Parlament zu wählen. Diese Wahl wird für die Europäische Union eine Richtungsentscheidung: Schaffen wir es, das

vereinte Europa besser zu machen und zusammenzuhalten? Oder können nationalistische und populistische Kräfte die Gemeinschaft und die Zusammenarbeit mit unseren Nachbarn zerstören? Die Europäische Union ist für uns die beste Sicherung des Friedens. Ich werde in den kommenden Wochen Veranstaltungen im Europawahlkampf anbieten und hoffe mit Ihnen und Euch darüber zu reden, wie wir Europas Zukunft gestalten. Meine Bitte: Nutzen Sie am 26. Mai Ihr Wahlrecht oder wählen Sie per Briefwahl.

Ihr / Euer





# ZUKUNFT IN ARBEIT: POLITISCHE ANTWORTEN AUF DIE HERAUSFORDERUNGEN DER ZEIT

Bereits ein Jahr übernimmt die SPD in der Bundesregierung wieder Verantwortung. Unser Ziel ist eine solidarische Gesellschaft zu ermöglichen. Wir arbeiten dafür in der Regierung und denken in Parteigremien darüber hinaus. In Deutschland können wir auf Wirtschaftswachstum bauen und einen soliden Sozialstaat. Doch wir müssen besser werden: Unsere neue Arbeitswelt und die Veränderungen, die wir alle spüren, benötigen neue politische Antworten. Die Sozialdemokratie will Schutz und Chancen auch in der neuen Arbeitswelt garantieren. Viele Menschen erfahren den Sozialstaat nicht mehr als Unterstützung, sondern als Hindernislauf. Unter dem Titel Zukunft in Arbeit hat der SPD-Parteivorstand konkrete politische Vorschläge gemacht.

**BÜRGERGELD:** Wer lange in die Arbeitslosenversicherung eingezahlt hat, soll nicht mehr so schnell auf das Hartz-IV-Niveau fallen. Ab 58 Jahren soll dies erst nach 33 Monaten der Fall sein.

**KINDERGRUNDSICHERUNG:** Die SPD will eine Leistung „aus einer Hand“, die auch digital beantragt werden kann. Bislang einzeln zu beantragende Leistungen (Kindergeld, Kinderfreibetrag, Kinderzuschlag, Grundsicherungs-Leistungen) sollen zu einer neuen Kindergrundsicherung zusammengeführt werden. Kinder sollen damit auch aus dem als stigmatisierend empfundenen Hartz IV-System herausgeholt werden.

**Mindestlohn:** Die SPD will den gesetzlichen Mindestlohn von derzeit 9,19 Euro auf zwölf Euro erhöhen. Zudem soll die Tarifbindung durch steuerliche Anreize gestärkt werden.

**HEIMARBEIT:** Die SPD will das Recht auf Arbeiten von zu Hause aus („Homeoffice“) gesetzlich verankern. 40 Prozent

der Beschäftigten in Deutschland können heute - durch die digitalen Möglichkeiten - von zu Hause aus arbeiten.

**GRUNDRENTE:** Die SPD will die Einführung einer Grundrente für Bürgerinnen und Bürger die mindestens 35 Jahre in die Rentenkasse eingezahlt haben - ohne eine Bedürftigkeitsprüfung. Durch die Grundrente könnten rund vier Millionen Bezieher kleiner Einkommen zusätzliche Rentenzahlungen von bis zu 447 Euro monatlich erhalten.

**ZEITKONTEN:** Die SPD fordert die Einführung von Zeitkonten. In diesen sollen Überstunden und Zeiten für Fort- und Weiterbildungen einheitlich angespart werden können. Überstunden sollen dabei nicht mehr verloren gehen, sondern sich in ein Zeitguthaben verwandeln, das im Lebensverlauf mehr Freiheit ermöglicht. Das gilt auch beim Wechsel des Arbeitgebers.



## WAHL AM 26. MAI 2019 EUROPA IST DIE ANTWORT

Am 26. Mai 2019 findet in Deutschland die Wahl zum Europäischen Parlament statt. Diese Europawahl ist für uns eine Schicksalswahl: Europa steht mit dem Aufstieg der Populisten und einer Rückkehr nationaler Egoisten am Scheideweg. Als Europa-Partei kämpft die SPD für ein soziales Europa, für ein Europa des Friedens und ein Europa der offenen Grenzen.

**WIR WOLLEN DAS SOZIALE EUROPA STÄRKEN!**  
Alle Menschen müssen spüren, dass Europa für sie da ist - und eben nicht nur für Banken, Konzerne und Großunternehmen. Die SPD will die Rechte von Beschäftigten stärken und Schluss mit Lohn- und Sozialdumping machen. Zum Beispiel fordern wir einen europäischen Mindestlohn, der sich am Durchschnittseinkommen des jeweiligen Landes orientieren soll. Für Deutschland würde dies ein Mindestlohn von 12 Euro bedeuten.

